

# sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/78

24. April 1972

## Eine solide Ausgangsposition

Zum Ergebnis der Landtagswahlen in Baden-Württemberg

Seite 1 und 1a / 56 Zeilen

## Erfolg vorausschauender Planung

300.000 neue Arbeitsplätze in wirtschaftsschwachen Gebieten seit 1969

Von Hans-Jürgen Junghans, MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Bundestagswirtschaftsausschusses

Seite 2 / 45 Zeilen

## Bremen leistet Pionierarbeit

Service-Haus - Gebot sozialer Notwendigkeit

Von Stefan Seifriz  
Bausenator für das Bauwesen der Hansestadt Bremen

Seite 3 und 4 / 82 Zeilen

## Ein solider Schritt nach vorn

Zu den Ergebnissen des Parteitags der SPÖ in Villach

Von Hans-Eberhard Dingels  
Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen beim Parteivorstand der SPD

Seite 5 / 48 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

### Eine solide Ausgangsposition

#### Zum Ergebnis der Landtagswahlen in Baden-Württemberg

Die alte Spannung ist vorbei, neue Spannungen kündigen sich an. Das Ergebnis der Landtagswahl von Baden-Württemberg, den letzten Landtagswahlen vor der Bundestagswahl zum siebenten deutschen Bundestag, brachte der CDU die von allen Kundigen erwartete absolute Mehrheit, sie sicherten aber auch den Bonner Koalitionsparteien eine solide Ausgangsposition. Wer auf ein 8. Weltwunder hoffte, befand sich wohl etwas außerhalb der Realität. Ein Erdbeben war in diesem Lande nicht zu erwarten, dennoch hat sich eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen, die für die Bonner Koalitionspartner verheißungsvolle Aspekte aufweist.

Zunächst gilt festzuhalten: Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im Jahre 1968 hatten die CDU und NPD zusammen 54 vH., SPD und FDP zusammen 43,4 vH. aller abgegebenen Stimmen. Der Abstand betrug 10,6 vH. Die Wahlen vom vergangenen Sonntag reduzierten diesen Abstand auf 6,6 vH. Bei den Bundestagswahlen 1969 entfielen auf CDU und NPD 55,2 vH. aller Stimmen, SPD und FDP erhielten 44 vH. Der Abstand betrug also 11,2 vH. Er wurde nun auf rund sechs vH. reduziert. SPD und FDP konnten im Vergleich zu 1969 ihren Stimmenstand von damals 44 vH. auf 46,4 vH. anheben. Noch Mitte März betrug nach verlässlichen Umfragen der Abstand der Koalitionsparteien zur CDU neun vH. Seine Einengung auf rund sechs vH. ist die Frucht großer Anstrengungen. Darin liegt die eigentliche politische Bedeutung dieser Wahl. Die Sozialdemokraten erreichten ihre Erfolge in den industrialisierten Gebieten, vor allem in den Großstädten; die Freien Demokraten schafften es, entgegen allen trüben Aussagen, ihren Tiefstand von 1969 mit 7,5 vH. zu über-

winden. Mit fast neun vH. aller abgegebenen Stimmen im Vergleich zur Bundestagswahl erreichten sie eine beachtliche Stärke, obwohl sie den stärksten Angriffen der CDU ausgesetzt waren. Die beiden Koalitionspartner haben sich also mehr als gutgehalten, sie erwiesen eine erstaunliche Widerstandskraft, und dies in einem Lande, das zu den schwierigsten für die SPD zählt.

Vor diesem Hintergrund wäre es töricht, das Wahlergebnis von Baden-Württemberg als ein Votum gegen die Ostverträge aufzufassen. Gewiß hat der Streit darüber die Gemüter leidenschaftlich bewegt, doch gaben wohl innerpolitische Erwägungen den größeren Ausschlag für die Entscheidung der Wähler. Bundesregierung und Koalition müssen daraus Folgerungen ableiten. Die CDU hat alles aufgeboten, was sich gegen die "Roten" und die Freien Demokraten mobilisieren ließ, sie peitschte Emotionen hoch und schürte die Angst und die Furcht. Ihre Werbeanzeigen werden für zukünftige Forscher ein unschätzbares Material abgeben für die Erhellung der geistigen Verfassung einer Partei, die fast vor nichts zurückschreckte, um den politischen Gegner bei den Wählern zu verkotzen. Das läßt Schlimmes ahnen für die nächsten Bundestagswahlen. Steht der neuen deutschen Demokratie eine Zerwürfprobe bevor?

Wird die CDU in ihrem Siegesrausch jegliches Augenmaß verlieren? Geht sie auf Lähmung und Irritation aus? Der Austritt eines FDP-Bundestagsabgeordneten aus seiner Partei, gewiß die große Überraschung des letzten Sonntag, wirft Schatten und hat eine Lage geschaffen, deren Unwägbarkeiten nicht zu übersehen sind. Die in dieser Woche fälligen Haushaltsberatungen werden wohl über das künftige Verhältnis zwischen Regierung und Opposition Aufschluß geben. Mit Blick auf Baden-Württemberg können Regierung und Koalition auch kommenden Stürmen mit Gelassenheit entgegensehen. Sie lassen sich nur von sachlichen Notwendigkeiten leiten.

(ae/ex/24.4.1972/ks)

+ + +

## Erfolg : vorausschauender Planung

300.000 neue Arbeitsplätze  
in wirtschaftsschwachen Gebieten seit 1969

Von Hans-Jürgen Junghans MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
und Mitglied des Bundestagswirtschaftsausschusses

Es ist noch nicht lange her, da wurden von den Unionsparteien Vorsorgemaßnahmen staatlicher Wirtschaftspolitik zugunsten der privaten Wirtschaft als "planwirtschaftlicher" Eingriff in das System der Marktwirtschaft schrill abgelehnt und denunziert. Man glaubte, sich ausschließlich auf die berühmte "unsichtbare Hand" des Wettbewerbs und der Selbstregelung verlassen zu können und zu sollen. Neben anderen Verzerrungen waren auch Ungleichgewichte bei der regionalen Verteilung von Industriebetrieben über die gesamte Fläche der Bundesrepublik die Folge. Diese Bundesregierung hat die Richtigkeit ihres Programmes bewiesen: Soviel Marktwirtschaft wie möglich, soviel staatliche Regelung und Förderung wie notwendig. Das zeigt der erstmals vorgelegte Bericht über den Vollzug der "Gemeinschaftsaufgabe" "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".

Diese Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen haben stets betont, dass Sicherheit der Arbeitsplätze ein Ziel ist, über das sie nicht mit sich handeln lasse. Ebenso regelmäßig funktionierte die CDU/CSU diese einer sozialen Marktwirtschaft selbstverständliche Einstellung in eine "Überbeschäftigungsgarantie" um. Der von der Bundesregierung vorgelegte Bericht macht deutlich, dass noch nicht für jeden Bürger in unserem Land ein richtiger Arbeitsplatz selbstverständlich ist. In einigen Teilen der Bundesrepublik sieht die Lage am Arbeitsmarkt ganz anders aus, als die Durchschnittszahlen für die BRD vermuten lassen. Heute beginnt sich auszuzahlen, dass der Bundeswirtschaftsminister die zersplitterten Förderungsmassnahmen und Fördergebiete in Regionale Aktionsprogramme zusammengefasst hat.

Allein in den Jahren 1969 bis 1971 konnten so fast 300.000 neue gewerbliche Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten geschaffen werden. Das ursprünglich bescheidener angesetzte Ziel wurde damit weit übertroffen. Durch die bereitgestellten staatlichen Mittel ebenso wie durch Infrastrukturmassnahmen profitierten insbesondere die kleineren und mittleren Unternehmen in den Fördergebieten. Von 1972 bis 1975 sollen dieser imposanten Bilanz noch einmal 460.000 Arbeitsplätze hinzugefügt werden. Auf neuen Wegen wurde hier von der Bundesregierung Neues in Gang gebracht. Das Erreichte stellt nur ein Zwischenergebnis dar.

Die CDU/CSU-Opposition pflegt die Bundesregierung immer an ihren Endzielen zu messen. Sie gefällt sich darin, heute Ansprüche an den Regierungsvollzug zu stellen, die sie an sich in ihrer Regierungszeit gar nicht zu stellen in der Lage war. Die neuen Arbeitsplätze und der vermehrte Wohlstand für die Bürger in den Fördergebieten zeigen fast beiläufig, was sich ausserhalb des Rampenlichts auf der wirtschaftspolitischen Bühne abgespielt hat, seit Prof. Karl Schiller als Bundeswirtschaftsminister und später zugleich als Bundesminister für Finanzen sein Amt antrat. (-/ja/24.4.1972/mäu)

## Bremen leistet Pionierarbeit

---

### Service-Haus - Gebot sozialer Notwendigkeit

Von Stefan Seifriz

Bausenator für das Bauwesen der Hansestadt Bremen

Den Bedürfnissen der alleinstehenden Frau wird der soziale Wohnungsbau künftig mehr als bisher Rechnung tragen müssen. In Bremen sind wir zur Zeit dabei, anhand eines Großprojektes zu zeigen und gleichzeitig zu untersuchen, auf welche Weise ein Haus für Unverheiratete - mit und ohne Kinder - gestaltet werden kann. Im Rahmen des Demonstrativvorhabens Osterholz-Tenever, eines neu entstehenden Stadtteils mit 4.000 Wohnungen, errichtet die Nordwestdeutsche Siedlungsgesellschaft ein sogenanntes "Service-Haus", das den Ansprüchen und Notwendigkeiten alleinstehender Frauen gerecht werden soll.

Der Entwurf für dieses Bauwerk stammt von der im vergangenen Jahr gestorbenen Berliner Architektin Nina Kessler. Die Tatsache, daß ein Drittel der geplanten 232 Wohnungen des bis zu zwölfgeschossigen Hauses nicht für Alleinstehende bestimmt ist, sondern für Vollfamilien, kennzeichnet einen wesentlichen Grundgedanken des Konzeptes: Eine Isolierung des Personenkreises, für den das Vorhaben bestimmt ist, soll vermieden werden. Das "Kessler-Haus" entsteht inmitten eines belebten Bereichs des neuen Stadtteils am Ostrand Bremens.

Schon äußerlich wird das Bauwerk zu den interessantesten architektonischen Schöpfungen der Hansestadt zählen. Die 81.000 Kubikmeter umbauten Raumes verteilen sich auf fünf zusammenhängende Baukörper, die in sich wiederum eine stark differenzierende Gliederung aufweisen. Die Höhenstaffelung liegt zwischen sechs und zwölf Geschossen. Die entscheidenden Pluspunkte sammelt das Haus jedoch durch die Art seiner inneren Gestaltung. Zwei Ziele wurden vor allem erreicht: 1/ 143 Wohnungen haben je ein großes und ein oder zwei kleine Zimmer, so daß sie im Hinblick auf Bedarf und Wirtschaftlichkeit den Wünschen Alleinstehender entsprechen. 2/ Im Haus befinden sich die wichtigsten Versorgungseinrichtungen, so daß seinen Bewohnern nach Feierabend lange Wege erspart bleiben.

Der "Service-Teil" ist im Erdgeschoß und in einem zweigeschossigen Verbindungsbau untergebracht. Hier sind, verbunden durch eine überdachte Fußgängerpassage, Läden und Dienstleistungsbetriebe angeordnet, und zwar ein Reisebüro, ein Waschlalon, eine Boutique, ein Tabakladen, eine Reinigung, eine Drogerie, ein Bäcker, ein Blumengeschäft, ein Selbstbedienungsladen, ein Zeitungsverkauf und eine Gaststätte. Hierzu kommen eine Arzt- und eine Krankengymnastinnen-Praxis und eine Apotheke. Gleich neben dem Haus wird ein Kindertagesheim mit 55 Plätzen gebaut, das dem nicht

weit entfernten Hauptkindertagesheim angeschlossen wird.

Alle Wohnungen erhalten Fenster nach mindestens zwei Himmelsrichtungen. Mittelpunkt ist jeweils der nach Süden gelegene Wohnraum mit Loggia oder Terrasse. In der Nähe der Küche befindet sich eine Esstische. Die Naßzellenkombination wird zentral belüftet. Ein "Kellerersatzraum" wird nicht weit von der Wohnungstür entfernt angeboten. Den meisten Schlafräumen ist ein Lüftungsbalkon vorgelegt. Um die Treppenhäuser gruppieren sich je Geschloß fünf bis sechs Wohnungen. Dadurch brauchen für die ganze Wohnanlage nur fünf Fahrstühle installiert zu werden. Die konzentriert angelegten Verkehrsflächen - Laubengänge an den Nordseiten - fördern die Kommunikation.

Mit diesem in vielerlei Hinsicht neuartigen Haus will Bremen einen Beitrag zur Beantwortung der Frage leisten, was getan werden muß und getan werden kann, um einer Gruppe von Müttern, deren Wohnbedürfnisse in der Vergangenheit nicht mit ausreichendem Nachdruck berücksichtigt wurden, im Sinne sozialer Verantwortung zu helfen. Die alleinstehende Frau, die oft genug auch noch die Sorge für die Entwicklung eines oder mehrerer Kinder tragen muß, hat es schwerer als andere Erwerbstätige. Ihr Feierabend wird zeitlich eingeengt und psychisch belastet durch Einkauf, Hausarbeit und all die zahllosen Dinge, die zur Aufrechterhaltung der eigenen Lebensansprüche getan werden müssen. Um wieviel leichter kann es eine Frau haben, wenn ihr wenigstens weite Wege erspart werden, wenn sie im Haus auf Dienstleistungen zurückgreifen kann, die ihr Arbeit abnehmen! Eine über die Alltagsdinge hinausgehende Bedeutung im gesellschaftspolitischen Sinne bekommt so ein "Service-Haus" dadurch, daß es der auf sich selbst gestellten Frau durch die ihr gebotene Entlastung den Freiraum schaffen hilft, der zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit - auch im emanzipatorischen Sinne - erforderlich ist.

Das Bremer Kessler-Haus ist ein erster Großversuch, den hier zu sehenden Anforderungen gerecht zu werden. Erfahrungen mit seinen Bewohnern werden erkennen lassen, in welchen Bereichen Weiterentwicklungen anzustreben sind, insbesondere in Richtung auf einen Voll-Service, der den Alleinstehenden gewissermaßen die gesamte Haushaltsführung abnimmt. Es muß abgewartet werden, inwieweit die Bewohner an derartigen Dienstleistungen interessiert sind und wie sich deren Kosten aufbringen lassen.

Das wichtigste glauben wir aber schon jetzt schaffen zu können: Räumliche Voraussetzungen und eine städtebauliche Einordnung, die dem Ziel entsprechen - Lebenshilfe zu geben.

(-/30/24.4.1972/ks)

### Ein solider Schritt nach vorn

---

#### Zu den Ergebnissen des Parteitag der SPÖ in Villach

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der vom 17. - 19. April 1972 in der alt-ehrwürdigen Kärntner-Stadt Villach nahe der jugoslawischen Grenze stattfand, kann in seinen Ergebnissen als ein voller Erfolg für die Politik des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky angesehen werden. Dieser Parteitag war von zwei Gesichtspunkten her interessant. Einmal war es der erste nach der für die SPÖ so erfolgreich verlaufenen Wahl, in der sie zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die Regierungsverantwortung allein und ungeteilt übernehmen konnte, zum anderen hatte es der Bundeskanzler und Parteivorsitzende Dr. Bruno Kreisky seit langer Zeit darauf angelegt, auf dem Parteitag einige grundsätzliche Darlegungen zur langfristigen Politik der österreichischen Sozialdemokratie zu machen.

Für den ausländischen Beobachter war es interessant zu vernennen, wie pragmatisch der österreichische Parteivorsitzende in seinem Grundsatzreferat die Standortbestimmung der österreichischen Sozialdemokratie vornahm. Ausgehend von dem im Jahre 1958 verabschiedeten Programm zeichnete Dr. Kreisky ein Bild der praktischen Bemühungen der SPÖ um eine Ausgestaltung der österreichischen Gesellschaft. Hierbei legte er großen Wert auf die Einbeziehung seines Landes in den europäischen und internationalen Handels- und Wirtschaftsfluß, wobei - und wer wollte ihm dieses verübeln - das Suchen nach einem tragbaren Verhältnis zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Vordergrund stand. Mit sehr viel Engagement beschäftigte sich der Parteitag mit den Fragen der inneren Reformen in Österreich, vergaß jedoch auf der anderen Seite auch nicht die Behandlung der für Österreich so wichtigen Fragen der europäischen und internationalen Wirtschaftspolitik. In diesem Zusammenhang gewann die Frage des Rhein-Main-Donau-Kanals eine große europäische Bedeutung.

Die österreichischen Sozialdemokraten, und dies kam in sehr vielen Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck, sind in erster Linie daran interessiert, die Politik, die von der Bundesregierung unter Führung Dr. Kreiskys vorgezeichnet wird, auf den vielen Ebenen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens in die Praxis umzusetzen.

Besonders spürbar auf diesem Parteitag war die selbstsichere Gelassenheit einer politischen Gemeinschaft, die sich anschickt, die Geschicke des Landes vorurteilslos und auf der Grundlage der Realitäten in die Hand zu nehmen. Dabei wird sicherlich nicht die in die Zukunft weisende Aufgabe der Sozialdemokratie vergessen, jedoch stehen die praktischen Fragen der schrittweisen Anpassung Österreichs an die europäischen Realitäten im Vordergrund. So gesehen, war der Parteitag von Villach nicht allein eine Art Bestandsaufnahme sozialdemokratischer Regierungspolitik in Österreich, sondern die Darstellung dessen, was auch die Partei als Regierungspartei in diesem Lande sich vornimmt, für die nächsten Jahre zu tun. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet war der Parteitag ein solider Schritt nach vorn.

Hans-Eberhard Dingels  
(-/ja/24.4.1972/ks)